

## „Wandel in der Landwirtschaft“

Marion Ruppaner, die Agrarexpertin des Landesverbands des Bund Naturschutz, war überrascht. Sie konnte in einer überfüllten Stadtbücherei Hof die Thesen des Bund Naturschutz zum „Wandel in der Landwirtschaft“ vorstellen.

Der zweite Vortrag in der Frühjahrsreihe von Stadtbücherei Hof und Ökologischer Bildungsstätte Hohenberg weckte vor allem bei den Landwirten großes Interesse.

Udo Benker-Wienands wies in seiner Begrüßung auf eine Veranstaltung mit Marion Ruppaner im Jahr 1992 in Neudorf bei Schauenstein hin. Damals ging es um die Förderung der Biolandwirtschaft.

Dies griff die Referentin gerne auf. Anfangs der 90er Jahre gab es in ganz Bayern noch keine 1000 Betriebe, die biologisch wirtschafteten. Heute sei der Anteil auf 10 Prozent aller Betriebe und auch der bewirtschafteten Fläche angewachsen.

Biozertifizierte Produkte seien bei einer breiten Verbraucherschicht angekommen.

„Ein kontinuierliches Wachstum im Biobereich macht uns viel Hoffnung“, so Ruppaner.

Seit 2010 seien in Deutschland etwa 35.000 landwirtschaftliche Betriebe, in Bayern 14.000, aufgegeben worden. Gleichzeitig wuchs die Betriebsgröße stetig an. Die Betriebe mit mehr als 50 Hektar nahmen um mehr als das Doppelte zu. „Das ist die Folge der offiziellen Agrarpolitik“Wachse oder weiche“, so die Expertin. Das habe natürlich auch Auswirkungen auf die Arbeit vor Ort. Die Schlaggröße der Felder nehme ständig zu, was auf der Seite des Arten – und Naturschutzes fatale Folgen habe. Feldraine und Strukturen in der Landschaft seien zunehmend verschwunden. Die Ziele der Landwirtschaftspolitik, die noch aus den 50er Jahren stammen, müssten dringend geändert werden. So sei das damals wichtigste Ziel, die Versorgung der Bevölkerung mit guten Nahrungsmitteln, kein Problem mehr. Es gehe jetzt darum den Naturhaushalt mit der Bewirtschaftung wieder in Einklang zu bringen. Ein großes Manko seien dabei die künstlich niedrige gehaltenen Preise für Lebensmittel. Bei den Bauern komme zudem am wenigsten vom Endpreis an.

Grund dafür sei die von den Agrarchemie- und Saatgutkonzernen dominierte europäische Agrarförderpolitik. Immer noch werden die größten Betriebe mit den höchsten Fördermitteln bevorzugt. Die kleine bäuerliche Landwirtschaft, die gerade in Bayern noch einen ihrer Schwerpunkte habe, werde massiv benachteiligt.

Deshalb versuchen die Umwelt- und Biobauernvereinigungen bei der anstehenden Neugestaltung der europäischen Agrarpolitik die sogenannte 2. Säule zu stärken.

„Hier bekommen die Bauern ihre Leistungen für den Natur- und Umweltschutz honoriert. Und es ist notwendig, dass Leistungen, die für die gesamte Gesellschaft erbracht werden, auch von dieser bezahlt werden“, so Ruppaner.

Im Rahmen der Diskussion um die Forderungen des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ zeigte sich Ruppaner überzeugt, dass einzelne Punkte, die wegen der Bestimmungen für Volksbegehren noch unbefriedigend beantwortet wurden, in einem endgültigen Gesetzentwurf verbessert werden. „Es kann nicht sein, dass Bauern, die bereit sind die ökologische Vielfalt zu verbessern finanziell schlechter gestellt werden“.

Der Erhalt der noch bestehenden Strukturen, wie Feldraine, Hecken und Feldgehölze, breite Wege- und Straßenränder und möglichst große Stilllegungsflächen als Oasen für Pflanzen und Tiere müsse unbedingt, Teil der nachfolgenden Gesetzeslage sein. Die Einrichtung der Gewässerrandstreifen, die in allen anderen Bundesländern längst Gesetz ist, sei überfällig und für den Reichtum des Lebens in Bächen, Flüssen und Seen unverzichtbar.

Eine Überprüfung der eingesetzten Fördermittel auf ihre Effektivität sei dringend geboten. Es würden häufig Gelder ausgegeben, die eher zur Vernichtung als zur Förderung der Natur dienen. Als Beispiel nannte die Referentin die Mulch- oder Bearbeitungspflicht der sogenannten Greeningflächen. Hier werde gezielt, zum Beispiel Insektenleben, das sich im Laufe eines Jahres entwickelt habe, vernichtet. Die zukünftige Förderpolitik müsse sich an der Biologie der zu schützenden Lebensformen orientieren und nicht an Formularen oder Wirtschaftlichkeitskriterien. Ruppenner zeigte sich zuversichtlich, dass mit dem Druck des Volksbegehrens in den kommenden Jahren eine Wende der Agrarpolitik möglich ist. „Zumal“. So die Referentin, „die Bauern selbst die schlimme Situation ja erkannt haben und bereit sind den Weg zu mehr Artenschutz mitzugehen, was sich in vielen Gesprächen und Diskussionen immer wieder herausgestellt habe.“

Stadtbüchereileiter Peter Herold leitete eine ausführliche Diskussion in der die anwesenden Landwirte ebenfalls auf die überbordende Bürokratie und die engen Bestimmungen in den Förderprogrammen hinwiesen. Gleichzeitig aber auch über viele Projekte und ihre Bereitschaft sich beim Artenschutz zu beteiligen berichteten. Die Vortragsreihe in der Stadtbücherei wird am 28. März mit einem Vortrag von Bettina Kraus zum Thema „Alte Gemüse- und Pflanzensorten im Garten“ fortgesetzt.

Bildunterschrift:

Peter Herold, Leiter der Stadtbücherei Hof; Marion Ruppenner, Agrarexpertin des Bund Naturschutz; Udo Benker-Wienands, Vorsitzender der ÖBI Hohenberg;